

## Aufgabe 1

Im vorliegenden Artikel befasst sich Ruschig – Professor für Philosophie in Oldenburg – mit dem Werteverfall, vor allem dokumentiert durch die Zustände an der Rütli-Schule und den Lebensbedingungen in Neukölln. Da „Arm, aber anständig“ nicht mehr funktioniert und auch nicht durch die Schule und die Polizei wieder hergestellt werden könne, solle die Werteerziehung für Ruhe sorgen – so die Ergebnisse des Werte-Gipfels in Berlin. Die Vermittlung und Begründung der Werte gehöre in die Hand der Kirche. Die Menschenwürde sei dem Menschen von Gott geschenkt und so müsse der Mensch auch nach eben diesen Werten leben.

Der Autor findet es bezeichnend, dass Menschenwürde und Menschenrechte nicht etwa aus der Vernunft des Menschen (im Sinne der Aufklärung) hergeleitet würden. Würde dies geschehen, so würden die Bedingungen der Lebenswirklichkeit einer moralischen Bewertung unterzogen. So aber werde auf das Paradies im Jenseits verwiesen als Kompensation für das entgangene irdische Leben. Werteerziehung müsse somit primär diejenigen erreichen, die die amoralischen Bedingungen geschaffen haben, und jene, die auf das Glück im Jenseits verweisen und somit die amoralischen Lebensbedingungen ausblenden wollen. („Ein Plädoyer, die Menschen als mündig zu begreifen“)

Ausgehend von der These, dass Werte in Gefahr seien, berichtet der Artikel von einem Gipfel von Staat und Kirche, auf dem ein Bündnis für Werte auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes geschlossen wurde.

Handlungsbedarf sah die Bundesregierung – so Ruschig – wohl deshalb, weil Kinder keinerlei Unterordnungsbereitschaft an den Tag legten und die Lehrer kapitulieren ließen (Rütli-Schule) und ganze Stadtteile von Armut und Gesetzesverstößen geprägt seien. Die Begründung der anzustrebenden Werte enthalte eine „bemerkenswerte Ambiguität“, so der Philosophie-Professor. Mit dem Begriff „Christentum“ werde die „Schlüsselgewalt über Begründung und Vermittlung der Werte in die Hände der Kirche“ gelegt. Würde dagegen die „Vernunft“ als Quelle und Begründung anerkannt, so würden die Menschen erkennen, dass die objektiven Lebensbedingungen keinerlei Lebenschancen im Sinne eines menschenwürdigen Lebens zuließen. Die Bundesregierung fürchte eine solche Wertereflexion und löse diese „von dem Nachdenken über die Bedingungen für das Handeln“.

Werteerziehung bleibe somit unpolitisch und vertraute allenfalls auf das Jenseits. Der Bundesregierung wie auch der Kirche gehe es also nicht um „wahre Moralität“.

Der Artikel berichtet zu Beginn von einer Einladung der Bundesregierung zum Gipfel von Staat und Kirche und vom „Bündnis für Werte“ und untersucht im folgenden Schritt, warum ein diesbezüglicher Handlungsbedarf besteht. In diesem Zusammenhang werden gesellschaftliche Phänomene (fehlende Unterordnungsbereitschaft in der Schule, unzureichende Lebensbedingungen und –chancen in manchen Stadtteilen) erläutert. Die Frage nach der Moralität erfährt vor diesem Hintergrund zusätzliche Brisanz. Mit der Frage nach der intellektuellen Begründung der Werteerziehung wird die Funktion der Werteerziehung – ohne es so auszusprechen – als verschleiern und entpolitisierend kritisiert.

HAUPTGEDANKEN

STRUKTURIERTE WIEDERGABE DES INHALTS

ARGUMENTATIONS-STRUKTUR